

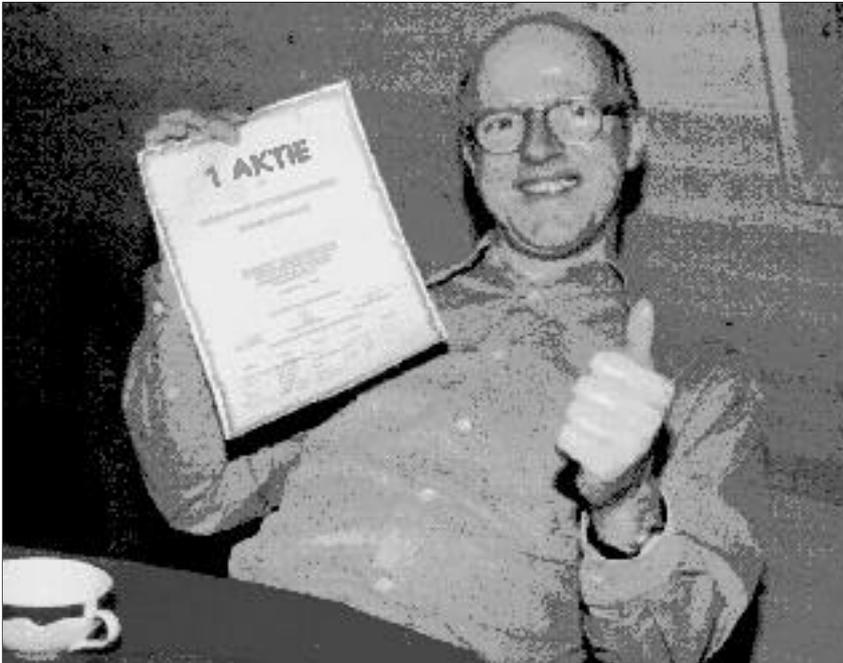
SGA-BULLETTIN

1/98

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

März 1998





Dem Trend der Zeit entsprechend verabschiedet worden ist unser langjähriger Mitstreiter Reto Hunziker: Die SGA hat ihm eine Aktie mit auf den Weg ins Schaffhauserland gegeben, welche ihn «zur Teilhabe an allen gesellschaftlich und politisch erfreulichen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit» der «Sozialistisch Alternativen Grünen» kurz «Sozialistisch AG» berechtigt.

Nachdem wenigstens eine der beiden Energieinitiativen in der Stadt Zug, an deren Lancierung Reto massgeblich beteiligt war, doch noch zustande gekommen sind, kann er mit einem guten Gefühl auf seine Tätigkeit in Zug zurückblicken. Wir wünschen ihm am neuen Ort viel Glück und sind gespannt darauf, wann es in Schaffhausen ein «SGA-Bulletin» geben wird.

Die Redaktion

Bild Bulletin



8. März, Frauentag: Die Schampar schiggen Schansösen «schangen» schaurig schön.

Bild Natalie Chiodi

Inhaltsverzeichnis

Bedrohte Völker	
Von den Töchtern der Semiramis und den Söhnen Adams	
	Seite 4
Velo	
Velotouristin oder Pendler	Seite 6
Philipp Etter und Georg Josef Sidler	
Der eine auf dem Sockel, der andere im Keller	Seite 8
Georg Josef Sidler	
Für eine offene, solidarische und fortschrittliche Schweiz	Seite 11
Filmkritik	
Big Lebowski	Seite 13
Interview	
« Eher eine Vision als ein Traum»	Seite 14
Kantonsrat	
Das Parlament bröckelt... und in der Wandelhalle wird «gegiftelt»	Seite 18
Regierungsrat	
Zug ist anders	Seite 20
Beizenöffnung in der Stadt Zug	
Wie lange (noch)?	Seite 22

Impressum

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

SGA-Bulletin Nr. 1/98, März 1998; erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin

Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 4805, 6304 Zug; Telefon: 7118633

Redaktion: Natalie Chiodi, Margit Gigerl, Gerlinde Künzle, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Layout: Markus Müller

Belichtung und Druck: Victor Hotz AG, Steinhausen

Auflage: 1150

Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr. 2/98: Freitag, 29. Mai; Erscheinungsdatum Montag, 16. Juni 1998.

Filz in der Spitalpolitik

Wie sich herausgestellt hat, sind die Berater am Kantonsspital Zug und der neue Spitaldirektor der Andreas Klinik in Cham Geschäftspartner. Mit einer kleinen Anfrage äusserte ich Zweifel an einer unabhängigen Erfüllung der Aufgaben und vermutete Interessenkollisionen zulasten des öffentlichen Spitals. Der Regierungsrat sieht keinen Anlass, an der personellen Besetzung etwas zu ändern. Aufgrund des Mummert + Partner - Berichtes 'Versorgungskonzept 2000' hat die Sanitätsdirektion seit Februar 1997 verschiedene externe Berater für die Umsetzung neuer Konzepte am Kantonsspital eingesetzt. Ende 97 wurde bekannt, dass der neue Spitaldirektor der Andreas-Klinik in Cham Felix Ammann heisst. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Berater des Kantonsspitals - Edi Müller und Jürg Suter - Geschäftspartner von Felix Ammann sind. Dies veranlasste mich, am 9. Januar 1998 im Kantonsrat eine kleine Anfrage einzureichen. Ich wollte wissen, ob die Herren tatsächlich Geschäftspartner sind, inwieweit die Sanitätsdirektion und die Regierung darüber informiert waren, als wie unabhängig die Regierung die Empfehlungen der Berater betrachten und wie der Regierungsrat die zukünftige Auftragsbefreiung der externen Berater am Kantonsspital sieht.

Die Antwort des Regierungsrates vom 27. Januar 1998 bestätigte, dass die Berater am öf-



fentlichen Kantonsspital in Zug und der Direktor der Privatklinik Andreas in Cham die gemeinsame Beratungsfirma H-Focus gegründet haben. Der Sanitätsdirektor und der Lenkungsausschuss seien darüber informiert gewesen, nicht aber der Gesamtregierungsrat. Dies stimmt insofern nicht, als dass einzelne Mitglieder des Lenkungsausschusses (Chefärzte) vor der kleinen Anfrage nichts über diese brisante Tatsache wussten. Die Regierung sieht im Moment keinen Handlungsbedarf und möchte sich nicht von den Beratern trennen.

Ich bin der Meinung, dass eine solche Geschäftsverbindung unweigerlich zu Befangenheit und Interessenkollisionen führen muss und wohl kaum dem Ehrenkodex der Unternehmensberater entspricht. PolitikerInnen und Fachleute am Kantonsspital sind gefordert, die Zusammenarbeitspläne kritisch zu betrachten und zu intervenieren, wenn die Empfehlungen zugunsten des Privatspitals anstelle des Kantonsspitals gehen. Auf keinen Fall dürfen die MitarbeiterInnen des öffentli-

chen Spitals gezwungen werden, ihre eigene Arbeitgeberin zu konkurrenzieren, indem sie zusätzlich für ein Privatunternehmen arbeiten und dabei den eigenen Betrieb negativ belasten.

Seit anfangs Februar 1998 arbeitet der technische Leiter am Kantonsspital Zug nur noch zu 50% am Kantonsspital. Die restliche Zeit steht er der Klinik Andreas in Cham zur Verfügung. Dabei begleiten ihn noch ein weiterer Angestellter des Kantonsospitals und ein Lehrling. Als ich das hörte, gingen mir vor allem zwei Fragen durch den Kopf. Können Kaderleute also doch 50% arbeiten? Viele Frauen und einige Männer fordern seit Jahren Teilzeitstellen, um zum Beispiel die Erziehungsarbeit partnerschaftlich zu leisten. Dies wird vom Arbeitgeber ab einer gewissen Position meist kaum bewilligt. Ich kritisiere nicht die Tatsache der Teilzeitstelle, hingegen interessiert mich, wie es mit der anfallenden Arbeit am Kantonsspital aussieht. War der technische Dienst am Kantonsspital Zug bisher überdotiert oder müssen jetzt die übrigen MitarbeiterInnen massive Überstunden leisten? Positiv wäre es, wenn die beiden Spitäler aufgrund der neuen Personalsituation arbeitspolitisch ein Zeichen setzen würden und noch weitere Kaderstellen im Jobsharing besetzten.

■Manuela Weichelt, Kantonsrätin Frische Brise, Fraktionschefin der Alternativen Fraktion

Von den Töchtern der Semiramis und den Söhnen Adams*

Nicht allzu häufig finden sich im Bulletin Artikel, welche vom Anspruch der SGA, auch international politisch interessiert zu sein, zeugen.

Umso besser, wenn sich diese Verbindung vom Dorf zur Welt von selbst ergibt.

von Gisela Hürlimann, Geschichtsstudentin

Im «Dorf» Baar hatte ich Hülya und Jakob kennengelernt, weil man sie nicht hatte einbürgern wollen. Erst eine von ihnen und der SGA geführte, von einigen Baarer Persönlichkeiten im Privaten unterstützte Kampagne, welche die Bürgergemeinde zur vielbesuchten Abendveranstaltung werden liess, brachte sie schliesslich in den Genuss der Schweizer Staatsbürgerschaft. Hülya regte sich damals darüber auf, dass man im Fernsehen ihre Klarstellung, sie sei Angehörige einer in der Türkei diskriminierten Minderheit, zensurierte. Keine Türken, aber auch keine Kurden - was dann? Ihr biblisch anmutender Familienname, den Hülya und Jakob sofort mit dem Schweizer Pass (wieder) annahmen, gibt den Hinweis: sie gehören einer christlichen Minderheit aus dem Südosten der Türkei an. Nicht nur durch ihre Religion - sie bekennen sich zur syrisch-orthodoxen Kirche, der grössten von fünf syrisch-christlichen Konfessionen - sondern auch durch ihre Sprache und ihr ethnisch-kulturelles Erbe entziehen sich dem Einheitsanspruch des türkischen, wie auch des irakischen Regimes. Aramäisch, assyrisch, suryoyo, chaldäisch - der Bezeichnungen für Sprache und Zugehörigkeit sind vie-

le. Dabei ist den heute in der ganzen Welt zerstreuten Gruppen der syrischen ChristInnen eines gemeinsam: Sie sehen sich als Nachfahren der alt-orientalischen Völkerschaften der Assyrer, Chaldäer und Aramäer in Mesopotamien - auf aramäisch «Beth-Nahrin» - dem Land zwischen Eufrat und Tigris, das heute türkisches, syrisches, irakisches und iranisches Staatsgebiet ist.

Völkermord und Widerstand

Assyro-SuryoyerInnen beteiligten sich im 20. Jahrhundert auch den National- und Autonomiebestrebungen der Minderheiten in Armenien, Aserbeidschan und insbesondere an kurdischen Aufständen. Der Misserfolg dieser Erhebungen war den Machthabern stets Anlass, die Christenminderheit zu schikanieren und zur Emigration zu zwingen. Die Zahl assyro-suryoyischer Opfer solcher Verfolgungen wurde häufig unterschlagen. Dabei kamen 1914/15 im Genozid, den das Jungtürken-Regime und von ihm angestachelte Kurdenstämme im von Deutschland mitlancierten «Heiligen Krieg» an den ArmenierInnen verübte, auch bis zu einer halben Million Assyro-SuryoyerInnen um. Zwischen den ungleichen assyrischen und kurdischen Nachbarn kam es gleichwohl zu politisch-militärischen Allianzen, so im iranischen Mahabad, wo 1945 eine kurzlebige autonome Republik ausgerufen wurde, und 1961 im Aufstand im Nordinak. Die «Jeanne d'Arc der kurdischen Revolution» der

1960er Jahre, Margaret Gewargis, war Assyrerin. Die Assyro-SuryoyerInnen gehörten in der Folge stets mit zu den Opfern des Baath-Regimes. Heute bilden sie im Irak eine circa 1,2 Millionen Menschen umfassende Bevölkerungsgruppe, davon leben rund 100'000 in der Unoschutzzone nördlich des 36. Breitengrades, die nach dem Golfkrieg im Nordinak eingerichtet wurde.

Viele türkische AssyrerInnen, die als Staatsbürger zweiter Klasse im eigenen Land keine Perspektiven erblickten, suchten ihre Zukunft in Westeuropa, wo sie sich in zahlreichen kulturellen Vereinen zusammantaten. Politische Ansprüche wie den auf eine nationale Heimstätte stiessen vor allem auf kirchlicher Seite auf Ablehnung: Man wollte es mit den «Gastgebern» nicht verderben und fürchtete um die in der Heimat verbliebenen Landsleute. Der kurdische Aufstand ab 1984 eröffnete den syrischen ChristInnen neue Chancen und neue Gefahren. Seither werden sie (wieder) Opfer von Vergeltungsmassnahmen des Militärs und der Hizbollah, geraten zwischen die Fronten rivalisierender kurdischer Parteien und werden zwangsevakuiert. Andererseits ist die Situation seit dem Golfkrieg und dem Zusammenbruch der Sowjetunion gerade auf dem Gebiet Mesopotamiens wieder völlig offen. Sowohl der Kampf um nationale Autonomie wie auch der ums Öl ist voll entbrannt. Und belebt auch die assyro-suryoyische Diaspora.

*Der Titel wurde abgeleitet aus der Zeile eines «nationalen Gedichts» des assyrischen Nationalisten und Dichters Na'um Fayege (1868-1930): «Söhne von Adams Stamm, und auch ihr, Kinder von Semiramis, warum schlafen wir?»

BEDROHTE VÖLKER

«Proud to be Suryoyo!»

Nicht zuletzt per Internet findet auch eine Vernetzung und ein eigentliches assyro-suryoyisches Coming Out statt. An der Uno-Weltfrauen-Konferenz in Beijing 1995 nahmen zum ersten Mal assyro-suryoyische Frauenorganisationen

fünf assyrische Männer getötet und eine Frau schwer verletzt. Die kurdische PKK weist die Schuld, welche ihr unter anderen die Gesellschaft für bedrohte Völker anlastet, von sich und spricht von einer Verschwörung türkischer Kräfte mit rivalisierenden Kurden. Wie auch immer: In Gebenstorf ist man pragma-

mit dem nationalen Befreiungskampf verbindet, wagt man Neues. An den Wänden hängen denn auch Porträts ausschliesslich weiblicher Vorbilder: Surma d-Beth Mar Schimun, Vertreterin an der Minderheiten-Konferenz von 1923, Margaret Gewargis und die deutsche Kommunistin Clara Zetkin.



FestbesucherInnen am 8. März des «Freiheits-Komitees der Revolutionären Frauen Beth-Nahrins».

Bild G.Hürlimann

teil. Und seit 1994 regt sich in Europa auch eine «nationale Befreiungsbewegung» mit dem Namen «Patriotische Revolutionäre Organisation Beth-Nahrins». In Gebenstorf AG gab am Vorabend des Internationalen Frauentags die Frauenorganisation der «PatriotInnen» ihren Einstand. Um die 500 Frauen, Männer und Kinder verbrachten einen Abend zwischen Reden, Agitprop-Theater, Film und traditionellem Tanz. Die 17jährige Michaela aus Flumsgibt an, in dieser Organisation Geborgenheit, Freundschaft und Identität gefunden zu haben. Die Frage, ob sie in «die Heimat» zurückkehren würde, bejaht sie, die hier aufgewachsen ist, zurückhaltend: erst, wenn es möglich und sicher sei. Man wolle sich ja nicht erschliessen lassen. Die Gefahr besteht: Im Dezember wurden im Nordirak

tisch und will mit den KurdInnen einen autonomen Vielvölkerstaat erkämpfen.

«Freie Frau - freies Land»

Jasmin hat dafür ihr Jus-Studium unterbrochen und ist vollzeitliche Politaktivistin. Ich bekomme keine klare Auskunft über den europäischen Organisationsitz und die Organisationsstruktur - man scheint immer gerade da aktiv zu sein, «wo man gebraucht wird.» Das Rezept ist erfolgreich! Nicht nur im politischen Programm, das die Befreiung des eigenen und aller anderen unterdrückten Völker anstrebt und sich sozialistisch-internationalistisch gibt, beschreitet die Gruppe radikale Wege. Auch in der politischen Bildung von Frauen, deren Emanzipation von gesellschaftlicher Unterdrückung man

Die Organisation meint die «Auf-erstehung» ihres Volkes keineswegs im transzendentalen Sinn. Das löst bei der «Föderation der syrisch-aramäischen Vereine» in Deutschland höchste Alarmstufe aus. In einem kürzlichen Schreiben warnt sie vor den «Unruhestiftern», unterstellt ihnen, PKK-Marionetten zu sein und droht Abtrünnigen mit scharfen Sanktionen. Interessant ist der Hinweis auf die deutschen Behörden, die sich besorgt nach dem Treiben der «Revolutionäre» erkundigt hätten.

Als letzten Sommer über dreitausend SympathisantInnen eines befreiten Beth-Nahrins vor der Genfer Uno gegen den Einmarsch türkischer Truppen in den Nordirak protestierten, haben die Uno-Beamten kaum die Jalousien gehoben. Das könnte sich in Zukunft durch Frauen wie Jasmin und Hülya ändern. ■

Velotouristin oder Pendler?

Radfahrende sind unbekannte Wesen und manchen ist nicht bewusst, dass (mindestens) zwei Veloherzen in ihrer Brust schlagen. Am 30. Mai wird in Bern für die RadtouristInnen aller Länder das Veloland Schweiz eröffnet. Mit einem Riesenfest wird das nationale Radroutennetz mit neun das Land durchquerenden Strecken eröffnet und eine internationale Kampagne für den Schweizer Radtourismus lanciert.

von Nick Mijnsen, VeLobby

Pendlerin und Radtourist sind die zwei Gesichter desselben radfahrenden Wesens, sie repräsentieren sozusagen sein Arbeits- und Freizeitgesicht. Dasselbe Wesen und Fortbewegungsmittel, dennoch sind die Bedürfnisse sehr unterschiedlich.

Müssen PendlerInnen Stadtindianer sein?

Wer zur Arbeit, zum Bahnhof oder zum Einkaufen fährt, hat seine optimale Strecke meist schon längst gefunden. Dabei zieht die Velofahrende im Zweifelsfall die eigene Sicherheit einem allfälligen Verbot oder Gebot vor. Hand aufs Herz: Wer kann sich auf seiner täglichen Route in jedem Moment in den Grenzen der Legalität bewegen - und sei es nur, weil sich die Autos auf dem Velostreifen stauen, anstatt daneben? Das situative Verhalten routinierter StadtindianerInnen kann jedoch nicht die Perspektive sein: Wo diese mit einer ausgewogenen Dosis Defensive und Aggression überleben, werden weniger sichere Velofahrende - Junge, Ältere und NeueinsteigerInnen- vom Gebrauch des Velos abgeschreckt. Das nächstwichtigste Kriterium für Pendelnde ist neben der erwähnten sicheren Gestaltung der schnellste, direkteste Weg. Anstatt dass die Velofahrenden wie beim Chamer Alpenblick aussenherum über diverse Lichtsignale geführt werden, währenddem die Autos den direkten Weg mit einer Ampel nehmen, müsste das umgekehrte Vorgehen die Regel sein: Autos können



In die Ecke gedrängt - Velopendler
Bild Nick Mijnsen

leichter Umwege machen, Velos sollen auf dem direkten Weg zufahren dürfen. Geeignete Massnahmen für die Verbesserung von Pendlerstrecken sind: Tempo 30; sichere Querungen; direkteste Streckenführung; gedeckte, sichere Parkierung in Eingangsnähe am Zielort; gedeckter Veloabstellplatz in Wohnungsnähe.

Radelnde GeniesserInnen

Radtouristen sind in den seltensten Fällen in ihrem gewohnten Umfeld unterwegs. Das heisst, dass sie sich nicht nur mit dem Verkehr, sondern zusätzlich noch mit Orientierungsschwierigkeiten herumschlagen müssen. Eine durchgehende,

verständliche Signalisation von Routen, Fern- und Nahzielen sind wichtige Navigationshilfen und erschliessen so die geniessbarsten Sehenswürdigkeiten und Landschaften. Und sie sind die beste Art, um den velofahrenden Gäste dafür zu danken, dass sie für ihren Besuch ein Fortbewegungsmittel gewählt haben, welches ihnen den Kontakt mit den «Eingeborenen» erlaubt und für die Umwelt keine Belastung darstellt. Der Weg selber ist das Ziel, daher ist für Radtouristen die direkteste Verbindung weniger wichtig als die Freiheit, die Seele hängen zu lassen, ohne immer an Kreuzungen absteigen zu müssen.

Veloland Schweiz bietet mit seinen 9 Routen, die Möglichkeit, die Schweiz quasi von der Haustüre aus zu entdecken. Neben der nationalen Route 9, welche den Kanton via Rotkreuz-Zug-Ägeri durchquert, sollten im Kanton jedoch auch weitere Routen ausgeschildert werden: Oder versuchen Sie mal, jemandem ohne Ortskenntnisse und Karte den geniessbarsten Weg in Richtung Bremgarten zu erklären! Die Lancierung von Veloland Schweiz bietet dem Velo die einmalige Chance, sich als Genussmittel zu präsentieren, welches auch allfällige Autosüchtige bekehren könnte.

Werde erwachsen - hör auf mit Velofahren

Velofahrende tun Gutes für den Planeten, die Gesellschaft und die Einzelnen. Radfahrende werden aber

als armselige, schwache, exzentrische Versager gesehen: Velofahren ist etwas, das man aufgibt, wenn man aufwächst und ein Auto kauft.

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht* des Londoner Transport Research Laboratory (TRL) fasst eine englische Studie zusammen: Radfahrende sind die alleruntersten der Strassenhackordnung - das Velofahren selber wird aber als eine wunderbare Fortbewegungsart empfunden, gesund, stressabbauend und familien-tauglich. Was Autofahrende davon abhält, sich zum Velo zu bekennen, ist aber weit komplexer, als Velo-AktivistInnen und Planer zuvor vermutet haben. Anscheinend wird der Ent-scheid, das Velofahren abzulehnen, weitgehend von drei Faktoren be-stimmt:

Imageprobleme

Im vorherrschenden Bild der Velo-fahrenden als zittrige Sozialhilfebe-züger, ärmliche Studenten oder wahnsinnige Sportler sind gewöhnliche Alltagsfahrende inexistent: Eine Identifikationsmöglichkeit fehlt dar-in. Die Untersuchung unterscheidet fünf Typen von VelofahrerInnen nach ihrer Motivation: Die Prakti-schen, die IdealistInnen, die Schön-wetterradlerInnen, die Lifestyle-Bi-ker und die VorreiterInnen. Die er-sten vier werden als «Neuanwende-rInnen» umrissen, die vielleicht für den vermehrten Einsatz ihres vor-handenen Velos zu motivieren wären. Mit einem Fuss bereits auf dem Pedal, sind sie für Veloförde-rungsmassnahmen ansprechbar, wenn die PR ein Bild herüberbringt, mit dem sie sich identifizieren kön-nen. Der Bericht betont, dass Gross-firmen, Institutionen und andere MeinungsmacherInnen eine zentrale Rolle spielen, wenn es darum geht, das Bild des vertrottelten Pedalritters zu verbessern.

Trägheit

Nichtradfahrende sind träge, Rad-fahren ist für sie ein unnötiger Krampf. Überzeugungsversuche mit praktischen Argumenten oder Spass und Gesundheit sind umsonst. Den-noch sind sie ansprechbar: Offen für moralische Argumente denken sie eher sozial, wenn «die Sorge um die Umwelt und übermässiges Autofah-ren die mit dem Velofahren verbun-denen Vorurteile» überwiegt. Der Fehler der VeloaktivistInnen ist es, diesen das Velofahren als Alternative anzubieten, welche sie gar nicht su-chen. Besser sind Argumente wie die Verbesserung der eigenen Lebens-qualität und der des städtischen Um-felds, die das Velo mit sich bringt.

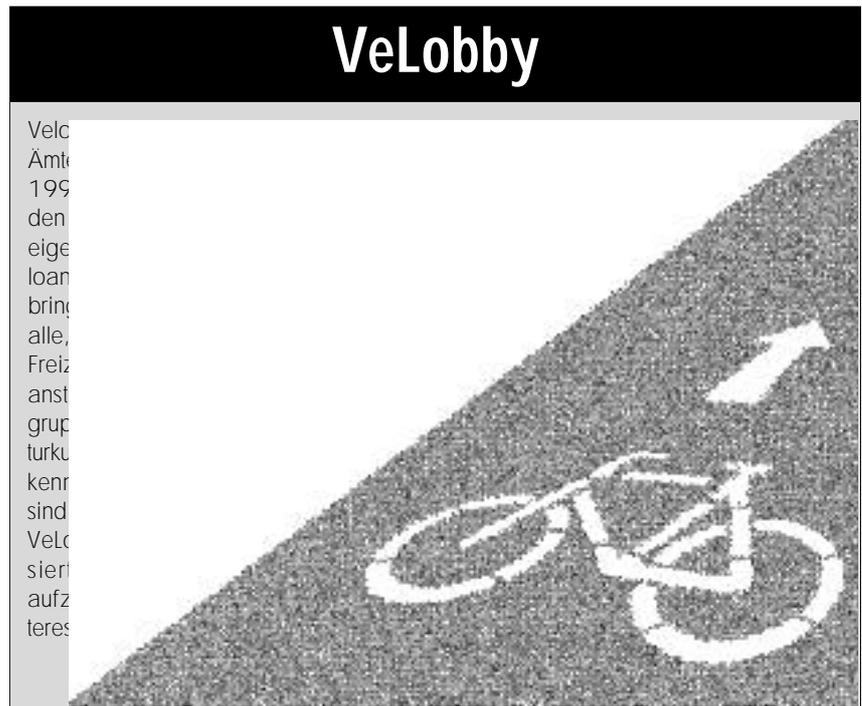
Ablehnende Umgebung

Die automobile Kultur wird immer noch verklärt, die vielen Nachteile von Konsumenten und Verkäufern kraftvoll heruntergespielt. Was be-deuten Staus, Gefahren und Park-

probleme vor dem Hintergrund einer warmen, sicheren, komfortablen Welt, in welcher der Fahrer be-stimmt?

Der Bericht gibt Ideen, wie Kampa-gnen zur Förderung der Gesundheit vonVeloaktivistInnen überlegt werden sollten, wenn sie die total Ablehnen-den wie auch die Gelegenheitsradler-Innen zu regelmässigen Velofahrenden machen wollen. Wichtig ist dabei, nicht den Eindruck entstehen zu las-sen, dass das Auto angegriffen wird. In Anlehnung an eine erfolgreiche Nichtraucherkampagne empfiehlt das TRL ein dreifaches Vorgehen: Die Förderung des individuellen und sozialen Verhaltens, die Förderung von organisatorischen Änderungen; sowie die Umsetzung von ortsgebun-denen und Umweltmassnahmen. ■

*Quelle: THE BICYCLE NEWS AGENCY
 Bikenews@cycling.org
 Autor: Stuart Clark
 Download unter:
<http://pauli.uni2.dk/dcf/agency.htm>



Der eine auf dem Sockel, der andere im Keller

Kaum ein Politiker verkörpert die bewegteste Zeit der Schweiz, die ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts, so stark wie der Zuger Georg Joseph Sidler. Kaum ein Konservativer verkörpert die schwächste Zeit der Schweizer Geschichte, das zweite Drittel des 20. Jahrhunderts, so ideal wie der Zuger Philipp Etter. Ein offenes und tolerantes Zug würde Sidler aufs Podest heben.

von Josef Lang*



Der ultrakonservative Etter - der radikal-liberale Sidler.

Bild Brigitte Weiss

Sidler steht für eine Zeit und eine Schweiz, in der die moderne Demokratie geschaffen wurde. In der sich religiöse Intoleranz und kantonale Grenzen abbauten. In der die Schweiz offen war für fortschrittliche Ideen und für Flüchtlinge. In der unser Land, genauer: der Freisinn, dem reaktionären Ausland die Stirne bot und auf dubiose Geschäfte wie das Söldnerwesen verzichtete. In der die Nation über die Citoyens und nicht die Soldaten, über die Bürger und nicht die Berge definiert wurde.

Etter hingegen steht für eine Zeit und eine Schweiz, in der Demokratie

und Freiheit eingeschränkt und ihnen autoritäre Modelle entgegengesetzt wurden. In der der Antisemitismus sich ausbreitete und behördlich gefördert und praktiziert wurde. In der geistige Enge herrschte und alles «Fremde» und «Moderne» und die Juden, die beides symbolisierten, abgewehrt wurden. In der man sich dem nazistischen und faschistischen Ausland anpasste und an seinem Krieg mitverdiente. In der die Schweiz über die Armee und die Alpen statt über die Aufklärung wie 1848 definiert wurde.

Gründergeist oder geistige Landesverteidigung

Die Schweiz hat nur dann eine offene und solidarische Zukunft, wenn

sie die Granit-Blöcke der Geistigen Landesverteidigung wegschiebt, um so unter anderem wieder eine offenere Sicht zu gewinnen auf ihre politische Gründerzeit, v.a. die Regeneration von 1830 bis 1848. Über die regressive Epoche hat Friedrich Dürrenmatt 1969 in seinem «Monstervortrag über Gerechtigkeit und Recht» gesagt: «Die Taktik der Geistigen Landesverteidigung besteht darin, die Freiheit des Schweizlers der Unabhängigkeit der Schweiz zu opfern.» Über die progressive Schweiz hat sein Schriftstellerkollege Max Frisch 1954 im «Stiller» geschrieben: «Ihre letzte grosse und wirklich lebendige Epoche war die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, die sogenannten Achtundvierziger Jahre. Damals hatten sie einen Entwurf. Damals wollten sie, was es zuvor noch nie gegeben hatte, und freuten sich auf das Morgen, das Übermorgen. Damals hatte die Schweiz eine geschichtliche Gegenwart.»

Das damalige Zug hatte mit der «geschichtlichen Gegenwart» seine liebe Mühe. Unter dem massiven Druck der Geistlichkeit und gegen den eher zaghaften Widerstand eines Freisinns, der den Sturz und Wegzug Sidlers noch nicht verwunden hatte, schloss sich das Zugerland dem Sonderbund und dessen «heiligen Krieg» an.

Sonderbunds-Denken

Eine starke Renaissance erlebte der katholische Ultrakonservatismus in der Zwischenkriegszeit.

* Der Historiker Josef Lang hat für den im Mai erscheinenden Zuger Porträtband den Artikel «Georg Joseph Sidler: Bundesprophet im eigenen Zugerland» verfasst.



Philipp Etter war eines seiner wichtigsten Sprachrohre. 1934 lobte er in einer Artikelserie in den Zuger Nachrichten die alte Eidgenossenschaft und kritisierte die moderne Demokratie mit typischen Sonderbunds-Argumenten: «Unsere alte Demokratie war in ihren geistigen Grundlagen betont und bewusst eine christliche Demokratie. Sie anerkannte über der Staatsgewalt und über der Souveränität des Volkes die Autorität und Souveränität des göttlichen Schöpfers... Die Säkularisation des Autoritätsgedankens durch die liberale Demokratie, die den Autoritätsbegriff nur noch physisch und von unten her untermauern wollte, hat die Autoritätskörper in der liberalen Demokratie innerlich geschwächt... Der liberale Freiheits- und Gleichheitsbegriff leidet am gleichen fundamentalen Irrtum wie die liberale Auffassung der Volkssouveränität. Der Liberalismus wollte wie den Staat so auch das Individuum von der Verantwortung gegen das göttliche Gesetz entbinden.»

Man vergleiche diese Aussagen mit der im nächsten Artikel abgedruckten Sonderbunds-Predigt aus dem Jahre 1847! Und man setze ihnen Sidlers Nationalratsrede aus dem Jahre 1848 entgegen!

«Heiliges Land» und «heiliger Berg»

Da der liebe Gott sich nicht in die politischen Alltagsgeschäfte einzumischen pflegt und da die Kirche dieses Defizit angesichts der konfessionellen Neutralität des Bundes nur beschränkt beheben konnte, kam Etter nicht umhin, seine autoritäre Staatsvorstellung auf zusätzliche über den Menschen stehende Wesenheiten abzustützen. Die eine war eine der Blut- und Boden-Mythologie ähnelnde Vorstellung der ewigen Schweiz und die andere war die letztlich über der Demokratie stehende Armee.

In einer Rede machte Etter 1938 den schweizerischen Boden zum «Heiligen Land». In seinem berühmt gewordenen Vortrag «Geistige Landesverteidigung», der 1937 vom Studentenverein als Broschüre verbreitet wurde, beschwor er «eine schweizerische Kunst, schweizerische Musiker, ein schweizerisches Schrifttum», die «ursprünglich genährt» sind «vom Saft schweizerischer Erde und vom Salz schweizerischer Eigenart.» Der Gotthard wird zum «heiligen Berg der Mitte», aus dem die Schweiz entstanden ist. Damit sind die wirklichen Schweizmacher, die Aufklärer des 18. und die Radikalliberalen des 19. Jahrhunderts, elegant verdrängt.

«Der Freiheit wert sein»

An der Zuger Landsgemeinde von 1831 beschwor auch Sidler die alten Eidgenossen. Aber er tat es aus einer republikanischen und nicht gottesstaatlichen Perspektive und viel kritischer. «Spätere Jahrhunderte lassen die Eidgenossen selten in einem vorteilhaften Lichte erblicken. Sie, die früher keinem Herrn untertänig angehören wollten, gefielen sich nun, selbst Untertanen zu haben und über selbe vornehm und hochfürstlich Herrscherrechte zu üben. Das war ein grosses Übel, das war



In die Ecke gedrängt – Etter im Kantonsratssaal. Bild Brigitte Weiss

Abfall von echt republikanischer Gesinnung. Wer der Freiheit wert sein will, der muss sie auch andern gönnen.»

Sidler gründete seine demokratische Schweiz nicht auf überzeitlichen Wesenheiten, sondern auf den konkreten Zeitgenossen. An einer Ansprache vor der Helvetischen Gesellschaft kritisierte er 1837 seine liberalen Mitkämpfer, zu elitär zu sein, «sich zu leicht über die Massen des Volkes hinweg» zu setzen. «Nie entschwinde uns die Wahrheit, dass

Revolution in Zug!

Am 22. November 1847 kapitulierte Zug vor den anrückenden Bundestruppen. Kurz darauf riefen 23 Freisinnige zu einer ausserordentlichen «wilden» Volksversammlung auf dem Landsgemeindeplatz auf. Die anwesenden 800 Zuger beschlossen den sofortigen Rücktritt vom Sonderbund, die Ersetzung der bestehenden Regierung durch eine provisorische, die Revision der Kantonsverfassung und die Wahl eines Verfas-

sungsrates. Es handelte sich um nichts weniger als eine Revolution. Denn eine solche definiert sich nicht über die Anwendung von Gewalt, sondern über den Bruch mit dem bisherigen Recht. Das damalige Zug verdankt seiner sanften Revolution eine Verfassung, deren Konzeption der Historiker und Stadtschreiber Albert Müller als «ungemein fortschrittlich und modern» bezeichnete.



eine Republik einzig durch die Tugend ihrer Bürger bestehen kann.» Tugend meinte damals mehr den Gemeinsinn als die Sexualmoral.

«Hochsinnige Toleranz»

Moderner als Etter war der 109 Jahre früher geborene Sidler auch in Konfessionsfragen. Sidler wusste, dass ein Schweizer Bund nur als über- oder nichtkonfessioneller möglich war. Er vertrat einen ökumenischen, aufgeklärten Katholizismus, der aber im Laufe seiner Lebenszeit innerhalb der Kirche immer mehr unter die Räder des päpstlichen Absolutismus geriet. 1833 schrieb er dem Bischof des Bistums Basel: «Nur in Begleit einer hochsinnigen Toleranz können die Schweizer zu einem engern und festern Verbände gelangen und nur durch diesen sich zu einem einigen und starken Volk erheben.»

Sidlers Votum gegen die Diskriminierung der Juden im Nationalrat und Etters Antisemitismus finden hier eine wichtige Erklärung. Wer den Staat auf den Citoyens baut, der kann ihn gar nicht anders als laizistisch und freiheitlich konzipieren. Wer ihn aber auf irgendwelche überzeitliche und/oder übermenschliche Wesenheiten stellt, für den haben Menschen, die diesen widersprechen, keinen Platz. In Etters alteidgenössisch-christlichem Ständestaat waren Juden, aber auch Sozialisten, Pazifisten und Internationalisten Fremdkörper. Und auch die Liberalen und Protestanten waren mehr geduldet als erwünscht.

«Aus den Angeln gehoben»

Im Sommer 1833 wurde Sidler von der Zuger Landsgemeinde als Tagsatzungsgesandter abgewählt und damit der Zuger Liberalismus entmachtet. Genau 100 Jahre später, im Sommer 1933, erklärte Stän-

derat Etter an den «Zuger Tagungen der katholischen Schweizer Jugend» vor 20'000 «frischen und frohen Jungmännern» in Anspielung an die nazistischen Fronten: «Die liberale Demokratie des 19. Jahrhunderts ist im Zusammenbruch begriffen. Aber Liberalismus und Sozialismus sind in der Schweiz noch nicht tot. Wenn wir den Liberalismus aus den Angeln heben wollen, müssen wir uns freuen, wenn uns von anderer Seite

Hilfe geleistet wird.»

Von Etter und Sidler gibt es Büsten. Diejenige Etters hat einen Podestplatz im Kantonsratssaal. Jene von Sidler befand sich bis vor kurzem im Keller des Museums in der Burg. Mindestens symbolisch halten sich der konservative Entscheid von 1833 und die konservative Rede von 1933. Ist es nicht an der Zeit, einen solchen Anachronismus aufzuheben? ■

Georg Joseph Sidler 1782-1861



1782	in die angesehene Zuger Familie Sidler-Bossard geboren.	1848, 51, 54, 57, 60 ist er Alterspräsident des Nationalrates.	
1810-33	ist er Tagsatzungsgesandter.	1861	Tod in Zürich. Wird begraben vom liberalkatholischen Pfarrer Robert Kälin.
1811	löst er mit seiner Kritik an Napoleon eine diplomatische Krise aus.		
1818-20, 22-24, 26-28, 30-32	ist er Zuger Landammann.		Sidler war zweimal verheiratet. Mit der ersten jung verstorbenen Frau Josepha Landtwing hatte er zwei Töchter. Elise wurde - mit Josephine Stadlin, die ebenfalls aus einer liberalen Zuger Familie stammte - die erste Hörerin an der Uni Zürich. Mit der zweiten Frau Verena Moos hatte Sidler einen Sohn. Georg Joseph jun. wurde Mathematik-Professor in Bern. Nach ihm ist die Sidler-Strasse im Länggassquartier benannt.
1834	wird er nicht mehr als Landammann gewählt und als Tagsatzungsgesandter abgelehnt.		
1837-48	amtiert er als Eidgenössischer Zollrevisor.		
1839	übersiedelt er nach Zürich, bleibt aber Zuger Landrat.		
1845-61	ist er Grossrat des Kantons Zürich.		

Für eine offene, solidarische und fortschrittliche Schweiz

Am 6. November 1848 hielt der Alterspräsident Sidler die erste Nationalratsrede, die je gehalten wurde* - vor dem Hintergrund des europäischen «Völkerfrühlings». Gerade im Zusammenhang mit der europäischen Integration hat die Ansprache aktuelle Bedeutung.

Von Josef Lang

Zuerst rief der «alt Landmann», wie Sidler nach seinem Wegzug nach Zürich weiterhin genannt wurde, die «harte Prüfung», welche die Schweiz zu bestehen hatte, in Erinnerung. Sie «sollte nach dem finstern Plan der Stablen an seinen status quo unauflösbar gekettet, in seinem Entwicklungsgange, in seinen lebensfrischen, naturgemässen Strebungen nach Fortschritt und Vervollkommnung gelähmt, behindert werden.» Mit den «Stablen» meinten die sich als «Bewegungspartei» verstehenden Freisinnigen die Konservativen. Nach «Sturm und Krisis» nimmt nun die «nähere Verbrüderung aller Schweizer zu einem Volk ihren Anfang.»

Dank der Revolution

Dann erweist Sidler der europäischen Revolution ihre Reverenz: «Die Schweiz war vielleicht nie, nach Innen und Aussen zugleich, in einer günstigeren Lage als dermalen... Gekrönte Häupter, durch Revolutionen verschwunden oder erschüttert, und mit ihren Völkern im Kampfe, haben aufgehört, unsere Selbstkonstituierung zu überwachen. Es gibt für sie in den eigenen Ländern genug zu tun.»

Die nun folgende Aufzählung der Errungenschaften der neuen Bundesverfassung beginnt mit der inter-

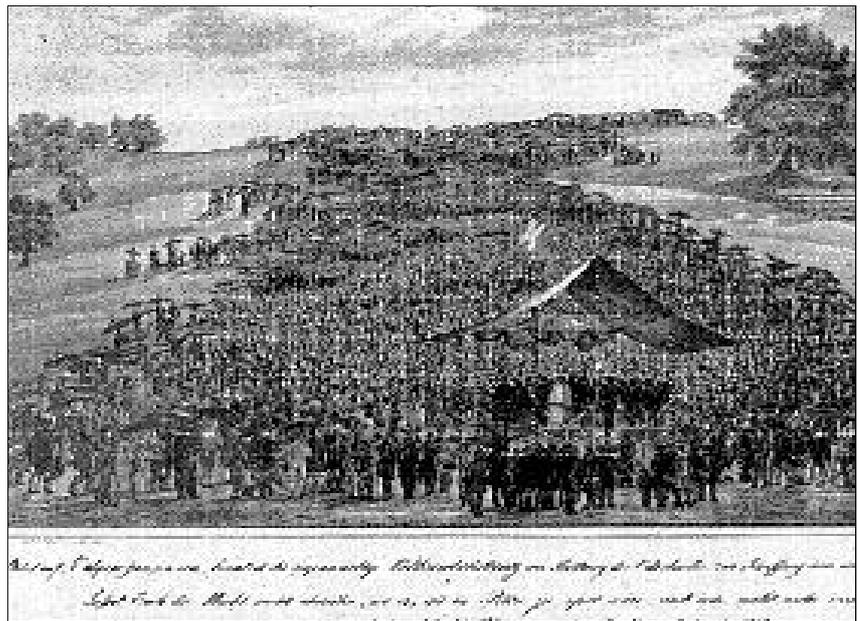
nationalen Solidarität: «Ich lasse nicht gern unberührt, dass für die Zukunft keine Militärkapitulationen der Kantone mit dem Ausland abgeschlossen werden können. So verschwindet doch einmal das Ärgernis, dass Schweizer den Fürsten zur Unterdrückung ihrer Völker Hilfe leisten!» Im Mai 1848 hatten vier Schweizer Söldnerregimenter in Neapel einen Volksaufstand niedergeschlagen, was in der freisinnigen Schweizer Öffentlichkeit energische Proteste hervorrief.

Kritik an Ausgrenzung der Juden

Weiter führt Sidler die Abschaffung der Binnenzölle und die Zen-

tralisierung verschiedener staatlicher Bereiche wie der Post und der Währung auf. Besonders hebt Sidler hervor, «dass die Pressefreiheit, das Vereinsrecht, das Petitionsrecht, das Recht der freien Niederlassung gewährleistet erscheinen» und «dass die freie Ausübung des Gottesdienstes den anerkannten christlichen Konfessionen auf dem ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft zugestanden wird. Das Recht für Protestanten, sich in der Inner- und Aussen-Schweiz und für Katholiken, sich in Basel niederzulassen und hier ihren Glauben auszuüben, war damals ein riesiger Fortschritt.

Interessant ist, dass Sidler die Verweigerung dieser Rechte für Ju-



Volkversammlung für eine offene Flüchtlingspolitik 1836 in Flawil.

Bild aus «Geschichte der Schweiz und der Schweizer»

*Sidlers Rede wurde in der NZZ vom 9.11.1848 auf der Titel- und Rückseite vollständig abgedruckt.



den kritisiert. «Freilich würde die Erweiterung dieses Rechts auf noch andere Konfessionen dem Zeitfortschritt und einer erleuchteten Auffassung kirchlicher Institutionen angemessen gewesen sein». Die Juden erhielten die Niederlassungsfreiheit 1866 und die Kulturfreiheit erst 1874.

Freisinn und Gemeinsinn

Weiter würdigt Sidler «das Recht der Wiederabänderung der gegenwärtigen Verfassung auf erleichtertem, gesetzlichem Wege, nach dem Willen der Mehrheit des Schweizervolkes» als «das allerwichtigste». Damit kann die «Entwicklung der Schweiz mit dem Fortschritt der Zeit stets im Einklang erhalten werden.» Die Unmöglichkeit, den Bundesvertrag von 1815 zu ändern, ohne die Einwilligung aller Kantone und des reaktionären Auslandes, hatte unser Land ungemein blockiert.

Dann schlägt Sidler wieder den Bogen über die Schweiz hinaus. Das erwähnte «Selbstkonstituierungsrecht» befindet sich «auf die dem einzelnen Menschen, wie den Staaten und der gesamten Menschheit angewiesenen Bahn fortgesetzter Vervollkommnung.» Die radikalliberalen Schweizmacher, vor allem der linke Flügel, waren Patrioten und Weltbürger. Sie betonten das Individuelle und das Gesellschaftliche. Freisinn war für sie undenkbar ohne Gemeinsinn. Und sie waren von einem kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Fortschrittsglauben geprägt, der heute etwas naiv wirkt.

Ausrichtung auf Zukunft

Dass Sidler die Verfassung auch in anderen Fragen zu wenig weit gegangen ist, tönt er gegen den Schluss der Rede an, wo er erwähnt, «dass

bei der Revisionsarbeit oft sichtbar das weniger Gute dem Besseren vorgezogen wurde». Sidler hatte die Bildung des Ständerates bekämpft und allgemein eine stärkere Vereinheitlichung des Rechts gewünscht. Gerade als Zuger wusste er, dass Niedergelassene und Neuzuzüger einen stärkeren Rechtsschutz durch den Bund brauchten. Sidler forderte seine Ratskollegen auf, «an der weiteren Ausbaugung des Verfassungswerkes fortzuwirken». Ein «staatliches Grundgesetz» soll «zu-

gleich nach den Zwecken der sich später entfaltenden Zukunft bestimmt» werden. Dieser Ratsschlag hat nichts an Aktualität eingebüsst.■

Sonderbunds-Predigt in der Stadtkirche

Ein Jahr vor Sidlers Eröffnungsrede im Nationalrat hielt der Zuger Pfarrhelfer Georg Bossard in der St. Michaelskirche eine Predigt, die einen ähnlich grundsätzlichen Charakter hatte. Die anlässlich des Bettags vom 19. September 1847 gehaltene Ansprache wurde kurz darauf als Propagandabroschüre zur Unterstützung des katholisch-konservativen Sonderbunds herausgegeben. Der unter dem Titel «Jesus weint über Jerusalem» veröffentlichte Text vergleicht die «Pharisäer» und «Saduzäer», eine «wahre Naternbrut», die «den Sohn Gottes ans Kreuz schlug», mit den Freisinnigen, die «schamlose, gottvergessene Reden» führen «über die Gebote Gottes und der heiligen Kirche, selbst über ausgemachte Lehren unseres heiligen Glaubens». Die Predigt in der Zuger Stadtkirche macht eine Analogie zwischen dem jüdischen Jerusalem, in dem «Wahrheit und Erbarmen und Erkenntnis Gottes erstorben war», und der liberalen Schweiz. «Würde Er nicht weinen, wenn Er sehen würde die sichtbare Abnahme des fruchtbringenden lebendigen Glaubens, ..., die Vernachlässigung des öffentlichen

Gottesdienstes..., die Entheiligung der Gott geweihten Sonn- und Festtage zu Tagen unnötiger Arbeit, des Vergnügens, der öffentlichen Zusammenkünfte zum Trotz der Obrigkeit.» Auf liberale Katholiken wie Sidler ansprechend fragte der Geistliche: «Und wie selbst Männer aus unsrer Mitte noch sich nicht entblöden, solche Abweichungen von den ewigen Gesetzen der Wahrheit, des Rechtes und der Gerechtigkeit zu beklatschen, zu verfechten mit Wort und Feder, auf Rednerbühnen und Zeitungsspalten?»

Als Lösung wird in dieser Rede, einem klassischen Dokument religiösen Fundamentalismus, die Rekatholisierung der reformierten Schweiz vorgeschlagen.

Die Schlüsselfrage bei den Auseinandersetzungen zwischen Radikalliberalen und Konservativen war nicht die zwischen Bundesstaat und Staatenbund und noch weniger die zwischen Bourgeoisie und Patriziat. Die Alternative lautete: Ein liberaler, überkonfessioneller Bund oder die Teilung und Verbindung der Schweiz in einen «katholischen» und einen «evangelischen Körper».

Big Lebowski

Unterstützt von einer riesigen Werbekampagne startet am 20. März der in Berlin gefeierte neue Film der Coen Brüder - «The Big Lebowski». Dass die Coens etwas vom originellsten sind, was Hollywood zu bieten hat, haben diese schon mehrfach bewiesen («Fargo», «Barton Fink», «Raising Arizona»).

von Thomas Ulrich

Jeff «The Dude» Lebowski, der faulste Mann in Los Angeles, wird von zwei Gangstern in seiner Wohnung erwartet, die Geld für ihren Boss eintreiben wollen. Dass Jeff nicht der «Big Lebowski»- ein Multimillionär - ist, den sie suchen, fällt diesen erst auf, als einer von ihnen bereits auf Jeffs Teppich gepinkelt hat. Jeff ist natürlich stinksauer und besucht den Big Lebowski, um sich einen Ersatzteppich zu holen.

Ein paar Tage später erhält Jeff einen Anruf von Big Lebowski, dessen Frau offenbar entführt wurde, und den Auftrag, die Übergabe der Million Dollar Lösegeld zu organisieren.

Vorher nimmt uns der Film aber noch mit auf die Bowlingbahnen, wo Jeff und seine Kumpels, der Vietnamveteran Walter (John Goodman) und Donny (Steve Buscemi), jede ihrer freien Minuten verbringen.

Der Militärheini Walter ist so überzeugt von seinem taktisch-strategischen Geschick und von der Unprofessionalität der Entführer, dass er Jeff dazu überredet, an der Übergabe teilnehmen zu dürfen. Natürlich läuft bei dieser alles Mögliche falsch und das Chaos beginnt... Jeff hat keinen Schimmer, was eigentlich abläuft oder was er tun soll, aber er ist ja der Typ, der sich in keiner Situation stressen lässt. Walter, der immer jede Situation im Griff zu haben scheint, übernimmt deshalb die Initiative und reitet dabei die beiden in immer komischere Situationen.

Keine Story

Der Film ist ein Patchwork von vielen tollen Ideen, die die Story jedoch ebenso zusammengeflickt erscheinen lassen. Wo bei "Fargo" die Geschichte noch im Vordergrund stand und einen Handlungsstrang bildete, gibt es bei diesem Film viele Szenen und Schauplätze, die überhaupt nichts miteinander zutun haben, so zum Beispiel die brillante Titelsequenz, in der man einen Strohhalm durch L.A. rollen sieht, bis er an der Beach ankommt. Für sich genommen eine ebenso absurde wie lustige Szene, die jedoch nichts mit dem Darauf folgenden zu tun hat. Der Film hat so gesehen gar keine Story, sondern einfach viele tolle Szenen, die für sich stehen. Wer also von einem Kinoabend eine gute Geschichte erwartet, sollte die Finger von diesem Streifen lassen. Wer diesen Anspruch aber nicht hat und schräge Charakteren und Situationen mag, wird sich köstlich amüsieren.

Viele Charakteren

Die grössten Qualitäten des Films sind dessen Schauspieler und ihre Dialoge. Wirklich jede Rolle ist optimal besetzt - wie dies bei "Fargo" auch schon der Fall war. Jeff Bridges spielt den «Dude», der entweder mit den Kollegen beim Bowlen ist oder zuhause auf dem Teppich liegt, sich ein Tonband von seinen Bowlingsiegen anhört und dabei einen Joint raucht. Seine beiden Lieblingssätze

sind: «Take it easy, man.» und «When something goes wrong, fuck it.» John «Am I Wrong?!» Goodman ist fantastisch, als der zum Judentum konvertierte Nimm-es-selbst-in-die-Hand-Soldat. Steve Buscemi ist so langsam, dass er kaum jemals zu Wort kommt. Trotzdem trägt er unglaublich viel zum Humor bei - seine Fratze ist ja komisch genug. John Turturro hat etwa eine Minute auf der Leinwand, macht seine beiden Auftritte aber zu den besten Szenen des Films. Auch alle anderen Auftritte sind toll - die Academy sollte sich überlegen, ob sie nächstes Jahr nicht einen ausserordentlichen Oscar für ein Ensemble verleihen will. Technisch tadellos, wie immer bei den Coens, zeichnet den Film auch noch die innovative Kameraarbeit von Roger Deakins aus, der uns das Bowling aus jeder erdenklichen Perspektive zeigt. ■

«The Big Lebowski»

Regie: Joel Coen.
 Buch: Joel & Ethan Coen.
 The Dude: Jeff Bridges
 Walter Sobchak: John Goodman
 Donny: Steve Buscemi

Mit Julianne Moore, John Turturro, David Thewlis uva.

Verleih: Elite. 127min, Vista Vision, Dolby Digital/DTS/SDDS.

«Eher eine Vision als ein Traum»

Peter Güller (62) ist Architekt und betreibt zusammen mit zwei Partnern das Planungsbüro Synergo in Zürich. Er ist verheiratet, hat zwei erwachsene Söhne und wohnt in Kilchberg. Peter Güller hat als externer Berater im Mitwirkungsverfahren «Planungsstudie Stadtverkehr Zug» eine wichtige Rolle gespielt. Jetzt arbeitet er an der Umsetzung der Planungsstudie für die Stadt Zug mit und betreut u.a. die Arbeitsgruppe Stadtbahn.

Das Interview führte Martin Stuber am 3.3.98 in Zug

Bulletin: Herr Güller, sie sind ausserhalb der verkehrspolitisch aktiven Szene in Zug wenig bekannt, können Sie sich kurz vorstellen?

Peter Güller: Nachdem ich mein Studium am Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH-Zürich abgeschlossen hatte, bekam ich meinen ersten Auftrag als Privater vom Kanton Zug: Eine Erholungsplanung für das Zugerberggebiet – das war anfangs 70er-Jahre. Seit 30 Jahren betreibe ich ein privates Planungsbüro, das im Schnittbereich zwischen Raumplanung, Verkehrsplanung und Umweltplanung tätig ist. Meine Auftraggeber sind zur Hauptsache

der Bund, aber auch Kantone oder wie im Falle von Zug auch Städte. Ich habe aber auch schon Aufträge im Ausland ausgeführt, z.B. während zweier Jahre in Nepal für Berggebietenentwicklung und in Bhutan, wo es um den Aufbau von demokratisch geführten Gemeindeverwaltungen ging.

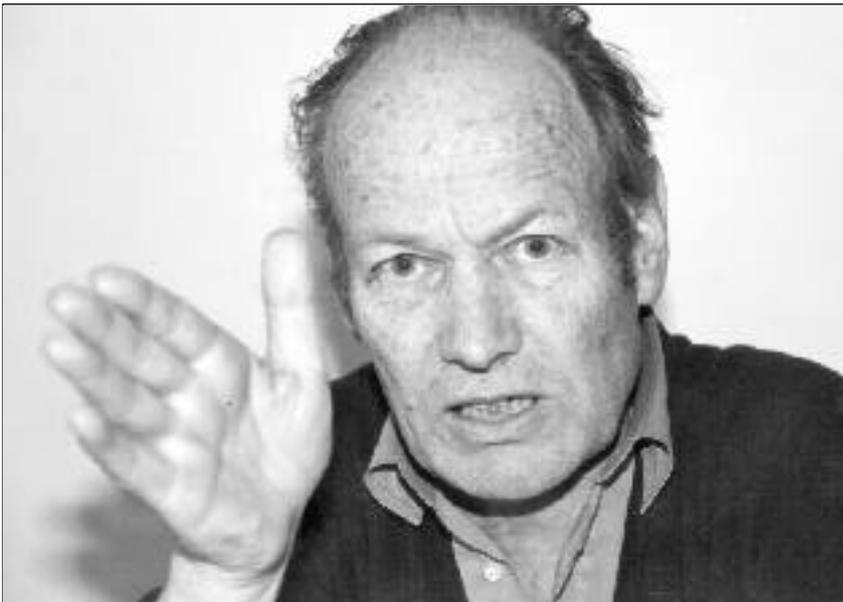
Bulletin: In Zug haben sie mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zum erfolgreichen Abschluss der Planungsstudie Stadtverkehr geleistet. Danach haben sich die Talgemeinden zusammengetan und eine regionale Verkehrsstrategie Zug-Ennetsee erarbeitet. Auch daran waren sie

beteiligt. Schliesslich hat der Kanton seine Pläne für die «Umfahrung Zug-Baar» (UZB) aufs Eis legen müssen und eine Art Mitwirkung zur Ausarbeitung des neuen kantonalen Verkehrsrichtplanes ins Leben gerufen. Parallel dazu hat das Projekt Stadtbahn seine Fahrt aufgenommen. Wo steht die Zuger Verkehrspolitik aus ihrer Sicht heute?

Peter Güller: Zuerst eine Klarstellung: die Sistierung der UZB war ganz klar das Resultat der Stadtzuger Planungsstudie, welche aufzeigte, dass die Verkehrsprobleme der Stadt Zug weitgehend hausgemacht sind und mit dem UZB-Projekt nicht befriedigend gelöst werden können. Die Erarbeitung einer regionalen Verkehrsstrategie erwuchs v.a. aus dem Bedürfnis von Cham und Zug, die Sichtweise auszuweiten und zu regionalisieren.

Wo stehen wir heute? Kurz gesagt stelle ich fest, dass die in der Planungsstudie Stadtverkehr entwickelte Philosophie Einzug gehalten hat in der ganzen Region. Gut, Baar hat jetzt mit seiner West-Umfahrung eine relativ «grosszügige» Lösung realisiert, aber das ist doch die Ausnahme.

Und wenn ich mir den Zielkatalog des Kantons ansehe, der die Basis für die Planung des neuen Ver-



«Ich stelle fest, dass die in der Planungsstudie Stadtverkehr entwickelte Philosophie Einzug gehalten hat in der ganzen Region und auch beim Kanton Fuss gefasst hat.»

Bild Martin Stuber

system sollen die Verkehrsbedürfnisse in dieser wachsenden Region mit einer zeitlichen Perspektive von 20 bis 30 Jahren erfüllt werden? Wenn eine Stadtbahn - oder vielleicht in diesem Zusammenhang besser: ein Schnelltram - das Rückgrat dafür bilden soll, muss das jetzt schon bei der Planung der ersten Schritte mitberücksichtigt werden.

Peter Güller: Also da muss klar zwischen zwei verschiedenen Optiken unterschieden werden: die Agglomeration Zug-Ennetsee auf der einen und die Region Talkessel Schwyz - Luzern - Zug - Freiamt - Säuliamt auf der anderen Seite. Für das zweite Gebiet kommt nur eine S-Bahn in Frage, und zwar auf den bestehenden Geleisen. Ich weiss, dass dieser «grosse Wurf» als Idee herumgeistert - wieso auch nicht?

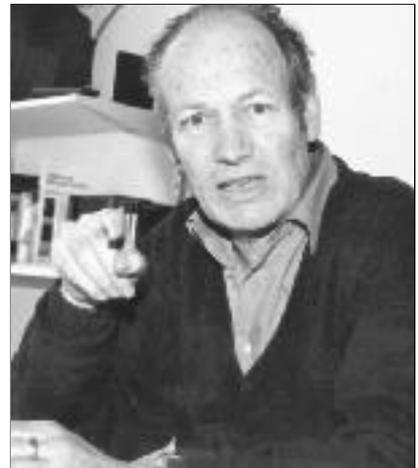
Für die Agglomeration Zug-Ennetsee sagen sie richtig, dass zwar die bestehenden SBB-Geleise für den Anfang wichtig sind, aber es gibt bedeutende Gebiete, die mit diesem Strang nicht gut oder gar nicht erschlossen werden und zudem stellt

sich die Frage der Kapazität, welche neben dem bestehenden SBB-Verkehr noch übrigbleibt - da wissen wir in ein paar Wochen aber mehr.

Bulletin: Wie realistisch sehen Sie denn ein flächendeckendes Schnelltram-Netz für Zug-Baar-Steinhäusen-Ennetsee im Jahr 2025 oder 2030? Eine Vision oder ein Traum?

Peter Güller: Sicher eher eine diskussionswürdige Vision als ein Traum.

Entscheidend ist die Frage, ob die Gebiete, an die Sie denken, eine genügend grosse Nachfragedichte haben, um neue Trassees zu rechtfertigen. Um Inwil z.B. mit dem Schnelltram zu erschliessen, müssten dort täglich 5'000 Passagiere auf dieser Linie fahren, damit sich das ganze rechnet. Ich denke, es wird die Aufgabe gerade in unserer Arbeitsgruppe Stadtbahn sein, hier für Zug eine Triage vorzunehmen: welche Gebiete eignen sich für ein Schnelltram, wo sollte die S-Bahn zum Zuge kommen und wo ist der Bus das richtige Transportmittel.



«Die Frage, ob die Agglomeration Zug genügend gross ist für ein Schnelltramsystem, muss der Kanton evaluieren.»
Bild Martin Stuber

Bulletin: Ist das nicht eine zu defensive Haltung? Wir wissen doch, dass die Infrastrukturvorgaben die Entwicklung eines Gebietes massgeblich beeinflussen. Ohne Autobahn wäre das Industriegebiet im Ennetsee kaum oder sicher nicht in dieser Grösse entstanden. Wieso nicht auch hier etwas mutiger sein und sich fragen: Wo sehen wir die weiteren Wachstumsgebiete in der Agglomeration? - und dort führen wir dann auch das Schnelltram durch! So dass die Leute im Jahre 2025 zurückschauen und sich sagen: gottseidank haben wir damals grosszügig und vorausschauend geplant.

Peter Güller: Die Frage, ob die Agglomeration Zug genügend gross ist für ein Schnelltramsystem, muss der Kanton evaluieren, das kann und will ich nicht aus dem hohlen Bauch heraus beurteilen.

Meine Erfahrung aus der Mitarbeit am Nationalen Forschungsprogramm «Stadt und Verkehr» sagt mir, dass bei der Konzipierung eines Nahverkehrssystemes zuerst die Frage geklärt werden muss, welche Aufgaben es zu erfüllen hat, und erst

Die UZB ist tot, es lebe das Mitwirkungsverfahren

Stu. Nach dem Erfolg des Mitwirkungsverfahrens bei der Planungsstudie Stadtverkehr Zug kommt dieses Verfahren nun auch bei der Umsetzung des darin entworfenen Verkehrskonzeptes zum Tragen. In vier Arbeitsgruppen (Verkehrsmanagement Zentrum, Minitunnel, Stadtbahn, Verkehrsberuhigung) werden die Grundlagen für die Realisierung verschiedener Projekte erarbeitet. Drei der vier Gruppen gehen auf erfolgreiche Anträge der SGA und der Bunten im GGR zurück.

Folgen zeitigte die von den sechs Talgemeinden Zug, Baar, Cham, Steinhäu-

sen, Hünenberg und Risch gemeinsam erarbeitete «Verkehrsstrategie Zug-Ennetsee». Die Erarbeitung des neuen kantonalen Verkehrsrichtplanes geschieht als Novum in einem Art Mitwirkungsverfahren, an dem die Gemeinden sowie als Interessengruppen der ACS, TCS, VCS und die Velobby beteiligt sind.

Bewegt haben sich jetzt endlich auch die Berggemeinden, indem sie sich zur Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie zusammengenommen haben.



«Das Schnelltram muss dort durchfahren, wo die Leute sind.»

Bild Martin Stuber

dann entschieden werden kann, mit welchem Verkehrsmittel diese Aufgaben am besten bewältigt werden können. Für Zug könnte das z.B. auch heissen, das Bussystem weiter auszubauen auf eigenen Busspuren. Aber wie gesagt, hier ist der Kanton gefordert.

Bulletin: Eine demnächst erscheinende Busstudie, welche die ZVB in Auftrag gegeben hat, besagt aber, dass das heutige Bussystem am Limit angekommen ist. Statt zusätzliche Busspuren könnte das Konzept ja auch heissen: Schnelltrams hauptsächlich auf bestehenden Strassen.

Peter Güller: Das ist tatsächlich eine interessante Option. Denken Sie an das Tramsystem in Zürich, das funktioniert problemlos. Und was vielleicht für Zug im speziellen interessant sein könnte: Schauen Sie sich einmal die Forchbahn an. Die kommt von weit her aus dem Zürcher Oberland und fährt dann in der Stadt wie ein Tram, mit den engen

Radien, welche notwendig sind, um in einer Stadt als Schienenfahrzeug zu verkehren - der Stadelhoferplatz z.B. musste ja nicht speziell für die Forchbahn umgebaut werden.

Bulletin: Beim Studium allfälliger Seitenäste in der Stadt Zug scheint auf den ersten Blick der Spielraum aber nicht allzugross zu sein.

Peter Güller: Aber das wäre doch das Besteckende daran: Das Tram fährt in Zürich ja auch nicht überall auf einem eigenen Trasse in der Strassenmitte, sehr oft teilen sich das Tram und das Auto dieselbe Strasse - und das funktioniert. Auch die Priorisierung des Trams an den Kreuzungen bereitet keine Probleme, das wird von den AutomobilistInnen akzeptiert. Wenn mit dieser Perspektive an eine Planung herangegangen würde, hätten wir auch ein zweites Problem mit einem Schlag erledigt: das Schnelltram muss dort durchfahren, wo die Leute sind - und nicht dort, wo ein neues Trasse die bestehenden Verkehrsanlagen nicht stört.

Bulletin: Zum Schluss noch eine ganz andere Frage: Was würde der Planer Peter Güller machen, wenn er vom Kanton völlig freie Hand hätte für die nächsten zehn Jahre und der Region ein Nahverkehrssystem nach seinem Gusto «verpassen» könnte?

Peter Güller (schmunzelt): Vielleicht enttäuscht Sie meine Antwort etwas: Ich würde das gleiche fortführen, was jetzt schon läuft. Das Mitwirkungsverfahren bei der Planungsstudie Stadtverkehr hat mich überzeugt, dass dies der richtige Weg ist.

Sehen Sie: Ich selber lebe sehr gut ohne Auto und unsere ganze Familie ist «autoslos». Aber wenn Sie tragfähige Lösungen anstreben, müssen sie alle Bedürfnisse miteinbeziehen und einen Prozess in Gang setzen,

der am bestehenden Verhalten und Bewusstsein der Leute ansetzt.

Wenn ich Ihnen ein Beispiel geben kann: die Umsetzung der «weichen Massnahmen» im Bereich der Wirtschaft zur Förderung des Umsteigens hat bisher nicht so recht geklappt - die Wirtschaft hat bisher wenig Interesse gezeigt. Mit staatlichen Zwangsmassnahmen erreicht man hier aber wenig oder das Gegenteil. Und solange wir keine Kostenwahrheit beim Verkehr haben, sehe ich halt keine andere Möglichkeit, als auf freiwilliger Basis etwas zu erreichen. Z.B. die Betriebe dazu bringen, Betriebsverkehrspläne zu erarbeiten und umzusetzen, so wie das z.B. in Holland mit Erfolg praktiziert wird. Dann können sich einzelne Betriebe fortschrittlich profilieren und eine Schrittmacherrolle spielen. ■

Harte Nuss Zug-West

Stu. Dass im Zusammenhang mit dem Zuger Masterplan Sportanlagen ein Verkehrskonzept erarbeitet worden ist, stört wohl niemanden. Dass aber mit den geplanten Strassen wichtige «strategische» Entscheide nicht nur bezüglich Zug-West fallen, sondern auch für die Nutzung des L&G-Areals sowie dessen Erschliessung, wiegt schon schwerer. Solange über die Nutzung dieses Areals und die Erschliessung von Zug-West nicht in einem grösseren Rahmen die grossen Entscheide gefallen sind, sollte hier nichts entschieden werden. Der untenstehende Plan ist dem Schlussbericht «Verkehrerschliessung der Sportanlagen Zug» entnommen.

Das Parlament bröckelt... und in der Wandelhalle wird «gegifelt»

Die Aussicht, in diesem Herbst nicht mehr kandidieren zu müssen, hat etwas Befreiendes. Die Distanz zum Politgeschäft wächst, ich befinde mich auf dem Weg in die journalistische Ecke: kurz, die Lebensqualität nimmt zu. Ich will damit nicht behaupten, der Journalismus bedeute das 'Tor zur Musse', aber ich erahne bereits heute das befreiende Gefühl, als Beobachter ohne Schreibzwang an «Jahren der Weisheit» zuzulegen.

Toni Kleimann, Kantonsrat Alternative Fraktion

Dieser Prozess wird eigentlich nur noch durch die moralische Pflicht, einen Artikel zuhanden des SGA-Bulletins zu kreieren, verzögert. Und wie das so ist, ich warte bis zum letzten Termin und haue dann meine Befindlichkeit und die des Kantonsrates in die Tasten, so ganz nach der Einsicht eines Karl Kraus: «Der Journalist ist vom Termin angeregt. Er schreibt schlechter, wenn er Zeit hat.»

Hans Windlin und Dieter Delwing - zwei Pfeiler im Erdgeschoss

Nun bin ich aber nicht so vermessend zu glauben, mein Abgang aus dem Kantonsrat bedeute ein Zerbröckeln des Parlamentes. Da gibt es gewichtigere «Cats», die - hoffentlich nur vorübergehend - ein Vakuum hinterlassen werden. Irgendwie bezeichnend ist es, dass die beiden Persönlichkeiten, die ich vor Augen habe, nicht dem Parlament angehören, sondern aus der Verwaltung stammen: Landschreiber Hans Windlin und sein Stellvertreter, Regierungssekretär Dieter Delwing quittieren Ende April den Staatsdienst. Mannigfaltig sind die Attribute und Kommentare zu diesen herausragenden Persönlichkeiten. «Intellektuelles Power-Duo», «Die juristischen Zwillinge im Regierungsgebäude», «Die Freigeister» oder «Die unbändigen Zwei», um nur einige wenige zu nennen. Auf jeden Fall gehen mit ihnen zwei Beamte in Pension, die sich die Unabhängigkeit des Geistes bewahrt ha-

ben. Unbesehen einer Parteicouleur, geradlinig ihren Erkenntnissen gehorchend, arbeiteten sie zum Wohle des Kantons. Dabei setzten sie sich nicht selten in Widerspruch zu ihren regierungsrätlichen Vorgesetzten und schufen hier wie dort Verärgerung und Unwillen.

Mit skeptischen Blicken wurden manchmal Hans Windlins Ausflüge in die fröhliche Parlamentarierrunde der Alternativen begleitet. Soviel Lachen und Lebensfreude bei 'verbotenen Früchten' war seinen CVP-Parteikollegen suspekt. Verschmitzt kommentierte der Landschreiber seine argwöhnischen Parteigänger: «Jedenfalls hat mir die CVP meinen Mitgliederbeitrag noch nie zurückgeschickt.»

Im Namen meiner KollegInnen der Alternativen Fraktion möchte ich mich auch an dieser Stelle mit Respekt und Hochachtung von diesen zwei starken Persönlichkeiten, die allzeit ihre Unabhängigkeit bewahren konnten, verabschieden. Ich möchte Ihnen danken für die faire und offene Haltung, die sie auch einer Minderheit im Parlament entgegengebracht haben.

Glück wünsche ich den beiden Vollblutjuristen des «Öffentlichen Rechtes» bei der geplanten Eröffnung ihres Rechtsberatungsbüros in der ehemaligen ZKB-Filiale Zug-Nord. Das im gleichen Haus domizillierte Reisefachgeschäft «Kaktus» möge Omen und Verpflichtung in einem sein, die Regierungsarbeit im Kanton Zug weiterhin kritisch zu begleiten.

Wer hat Angst vor Steuergerechtigkeit?

Das Parlament bröckelt ganz anders, wenn CVP-Kantonsrat Willy Bernet namens seiner Fraktion bereits das Nachdenken über die Motion der Alternativen Fraktion zur Kapitalgewinnbesteuerung als kantonsschädigend qualifiziert: «Die Kapitalgewinnsteuer verstösst gegen Bundesrecht, und beide Vorstösse könnten im Verhältnis zu anderen Kantonen zu Wettbewerbsnachteilen für unseren Kanton führen. Allein schon die Überweisung der Vorstösse könnte Signale aussenden, die geeignet sind, dem Kanton zu schaden.» (KR-Protokoll, 29. 1. 98)

In einer Zeit, in der die steuerbefreiten Kapitalgewinne höher sind als das gesamte schweizerische jährliche Erwerbseinkommen durch Lohnarbeit, erachten die bürgerlichen Parteien mit 51: 16 Stimmen eine vertiefte Diskussion über eine solche Steuer als unstatthaft oder «total daneben», wie dies Ernst Moos namens seiner FDP deklamierte.

Mit einer solchen Haltung verabschiedet sich die Politik gleich selber. Ich denke, wer sich solchen Fragen in einer materiellen Diskussion nicht stellen will, für den ist die parlamentarische Demokratie die falsche Umgebung.

In diesem Jahr werden wir ja mehrmals Gelegenheit haben, den 150-jährigen Bundesstaat zu feiern. Nur schon beim Gedanken an die



Das «intellektuelle Power-Duo» Hans Windlin und Dieter Delwing quittiert per Ende April den Staatsdienst.

Bild Brigitte Weiss

Jubelbotschaften an die Adresse unserer freundeidgenössischen Stände durch die zugerischen FDP- und CVP-Koryphäen läuft es mir kalt den Rücken herunter, wenn ich an die feindeidgenössische Steuerpolitik derselben RednerInnen denke.

Wenn der Hegglin mit dem Bossard....

Ähnlich dem «chambre séparée» treten im «Foyer séparé» des Kantonsrates die wahren Gefühle zutage. Wenn ParlamentarierInnen im Ratssaal der Ratio verpflichtet Haltung bewahren, kommt es im Treppenhaus nicht selten zu Eruptionen des Herzens.

Der Menzinger Bio-Bauer und CVP-Fraktionschef Peter Hegglin fühlt mit der Kies-Lobby und dabei ist er zu jedem schlitzohrigen «Unterzug» bereit. Bevor die CVP-Delegiertenversammlung ihre Parolen zum Kiesabbau fassen konnte, dient er sich in einem Grossinserat mit dem CVP-Logo der Sand AG an. Seinem Parteikollegen und Umweltschützer Andreas Bossard trieb dies die Galle hoch. Echauffiert der eine, bleich der andere - erhielt der Betrachter einen Einblick in die

«demokratischen» Gepflogenheiten dieser »christlichen» Partei.

Notabene offerierte die Neue Zuger Zeitung der CVP gratis und franko dieses Inserat, was einmal mehr belegt, wie unabhängig diese Zeitung ist. Bossards Gegeninserat mit CVP-Logo wurde unter der Führung von Peter Hegglin flugs vor Drucklegung aus der Zeitung verbannt.

Ich bin mir ja von diesen «Demokraten» einiges gewohnt, aber sie mögen mich immer wieder in Erstaunen zu versetzen.

... und Schuler/Luginbühl mit der FDP

Jene, die sich sonst so staatsmännisch geben und von Toleranz und Liberalismus förmlich triefen, haben eben auch manchmal Probleme mit ihrem Katechismus. Und wieder trägt die leidige «Kohle» um den Moränen-Kies die Schuld: Die FDP-Frauen Judith Schuler (Unterägeri) und Ursula Luginbühl (Cham) hatten ihr Herz auf dem falschen Fleck, als sie sich so engagierte für den Landschaftsschutz einsetzten. Ihr Kampf an vorderster Front trug ihnen in der FDP-Fraktion eine

gehörige Schelte ein. Parteischädigendes Verhalten wurde ihnen vorgeworfen, dabei haben sie ja nur das zwar höchste Gebot «Und über allem schwebt die «Kohle»» in Zweifel gezogen.

Wie viele ähnliche Erlebnisse im Schosse ihrer Partei mussten die beiden Damen wohl erlebt haben, dass sie am Ende dieses Jahres bereits wieder demissionieren? Wirklich schade!!

Die Nöte des «Grauen Panthers»

Einem anderen Fdpler wurde für eine weitere Amtsperiode anscheinend die 'Rote Karte' gezeigt. Leicht zerknirscht, mit Wehmut in der Stimme, klagte mir der Menzinger alt Posthalter Gottfried Zürcher sein Leid. Der rüstige 70er mit seinem betörenden Charme, wohl manchmal rumpelnd in der Debatte, im Foyer aber wieder harmonie-süchtig nach Umarmung heischend, muss sich ein neues Hobby suchen. Man munkelt, er werde sich in einem tibetanischen Kloster auf die politiklose Zeit vorbereiten. Ob er wohl dort zur inneren Gelassenheit findet? Zu wünschen ist es ihm - und mir auch. ■

Zug ist anders

Ein neuer Ansatz für das Verhältnis Kantons-/Stadtpolizei, eine Richtplanung im kantonalen Feuerwehrwesen, Probleme mit straffälligen Asylsuchenden und die Reorganisation der Staatsverwaltung waren einige Schwerpunkte meiner Arbeit in den letzten Wochen.

Hanspeter Uster

Die Lage war verfahren, eine Kommunikation kaum mehr möglich: Dies war der Stand der Diskussion um das künftige Verhältnis Kantons-/Stadtpolizei nach dem Entscheid des Kantonsrats anfangs Juli 1997, das vorgeschlagene Kernmodell vorerst nicht weiter zu verfolgen. Mit diesem Modell erbringt der Kanton alle polizeilichen Dienstleistungen, und jede Gemeinde (auch die Stadt) hat Anspruch auf eine ihren Verhältnissen angepassten Grunddienstleistung. Zusätzliche Leistungen können eingekauft werden. Was angesichts der kommenden Herausforderungen im Polizeibereich (Stichwort Wirtschaftskriminalität) sachlich logisch und nachvollziehbar erschien, stiess aber auf emotionaler Ebene, insbesondere bei den betroffenen Mitarbeiter/innen der Stadtpolizei und der Sicherheitsabteilung auf Widerstand. Auch in der Politik spielen Gefühle eine wichtige Rolle, und gerade im Sicherheitsbereich geht es nicht allein um nackte Zahlen, sondern auch ganz wesentlich um ein Gefühl von Sicherheit. Diese Ausgangslage im Hintergrund entschieden wir uns für ein Vorgehen, das diesem Aspekt besonderes Gewicht einräumt: Mit Coach Iwan Rickenbacher ermitteln alle Beteiligten von Kanton und Stadt gemeinsam die Sicherheitsbedürfnisse der kommenden Jahre, definieren die dafür notwendigen Mittel und vergleichen sie mit den vorhandenen Ressourcen und Strukturen. Im Kantonsrat hielt ich klar fest, dass dabei weiterhin alle Optionen offen sind und sein müssen. Ich bin gespannt auf den weiteren Prozess!



Sicherheit darf sich nicht in defensiven und repressiven Massnahmen erschöpfen. Bild Brigitte Weiss

Richtplanung Feuerwehr

Einen ähnlichen Ansatz habe ich im Feuerwehrwesen gewählt: Angesichts geringerer finanzieller Mittel in den Gemeinden wurden in letzter Zeit immer wieder Stimmen für eine verbesserte Zusammenarbeit unter den Feuerwehren laut. In der Kantonsratsdiskussion um die Höhe ihrer Prämien wurde die Gebäudeversicherung von rechtsbürgerlichen Kreisen kritisiert, sie richte zu hohe Beiträge an die gemeindlichen Feuerwehren aus. Um hier nicht passiv die weitere Entwicklung abzuwarten,

habe ich im Februar 1998 eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, den Sicherheitsstandard im Kanton Zug zu definieren (wie viele Minuten nach Alarm muss die Feuerwehr auf dem Platz sein?) und daraus die erforderlichen Mittel abzuleiten und mit den bestehenden Mitteln zu vergleichen. Diese Richtplanung wird bis August 1998 erarbeitet, geht dann bei den Gemeinden in die Vernehmlassung und bildet danach eine Grundlage für die Gemeinden einerseits und andererseits auch für allfällige Revisionen der kantonalen Feuerschutzgesetzgebung.

Asyl und Straffälligkeit

Schon im Bulletin 4/97 finden sich dazu einige Überlegungen. Ich habe dabei auch auf positive Ansatzpunkte zur Entspannung der Situation hingewiesen, wie z.B. Beschäftigungsprogramme oder vermehrt dezentrale Unterkünfte. Bereits im Sommer 1997 habe ich verschiedene Massnahmen angeordnet, damit die Gesuche straffälliger Asylbewerber (es sind praktisch nur Männer) schneller behandelt und die Kontrollen durch die Polizei intensiviert werden sowie - im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten - auch Ausschaffungen erfolgen. Diese Massnahmen haben sich bewährt.

Solidarität schafft Sicherheit

Sicherheit ist zunehmend ein Thema: Gerade der BLICK macht eine eigentliche Ausländer-Kriminalitäts-



Die Mahnwache für Algerien unterstützt die zurückhaltende Zuger (Nicht-) Ausschaffungspolitik.

Bild Bulletin

kampagne. Dass es auch anders geht, zeigt der Kanton Zug: Durch eine gute Präsenz der Kantonspolizei sind wir einer der wenigen Kantone, die sinkende Einbruchzahlen haben, ohne dass wir nervös auf die BLICK-Kampagne aufspringen müssen. Die bürgerlichen Kantonsräte, die leierkastenhaft wiederholen, im Kanton Zug habe es zu viel Polizei, wären die ersten, die nach mehr Polizei-Präsenz rufen würden, wenn wir wie andere Kantone massiv gestiegene Einbruchzahlen hätten.

Sicherheit darf sich aber nicht in defensiven und repressiven Massnahmen erschöpfen. Die beste Sicherheit wird durch echte Solidarität geschaffen, sei es in der Wirtschaft, sei es im Verhältnis zu den Ausländer/innen oder in der sozialen Frage.

Neu ein Sicherheitsdepartement

Nachdem die von Jo Lang präsi- dierte Kantonsratskommission sich nicht mit einer Mini-Revision zufrieden gegeben hatte und der Kantonsrat ihrem Antrag gefolgt war, die Regierung müsse eine echte Neuverteilung der Departemente und Ämter vornehmen, erarbeitete der Regierungsrat in einer eigentlichen Parforce-Leistung (die vor allem unsere Direktionssekretäre und den Land- schreiber belastet hat) eine neue Vorlage. Das Sicherheitsdepartement ist eine logische und sinnvolle Sache, insbesondere auch mit dem Einbezug

der Asylfürsorge. Dass ein richtiges Resultat dann doch an der (politi- schen) Realität gemessen werden muss, zeigt die ad personam - Lösung für das Amt für Militär: GSoA lässt grüssen, und ich bin entlastet von all den Fahnenübergaben und sonstigen Zeremonien...

Algerien und Bosnien

Nach Algerien erfolgen seit letzten Herbst im Kanton Zug keine Aus- schaffungen. Unsere Mahnwache auf dem Landsgemeindeplatz hat zudem ein wichtiges Zeichen gesetzt. Bei Bosnien hat sich die Haltung, die ich letzten Frühling eingenommen habe, bewährt: Mitmachen bei der Rück- kehrhilfe, aber mit etwas grosszügi- geren Fristen und nur bei Menschen,

die nicht in ein ethnisch gesäubertes Gebiet zurück müssen. Die Zahlen: Von den per Ende April 1997 ausrei- sepflichtigen Bosnier/innen sind im Kanton Zug lediglich 8,5% nicht aus- gereist. Im Kanton Zürich - der eine andere Praxis verfolgte - sind es 15%, und gesamtschweizerisch sind es rund 12%, die nicht ausgewandert sind. Den Menschen einen gewissen Spiel- raum zu gewähren, lohnt sich also.

Kunst am Bau - Polizeigebäude

Zweieinhalb Tage tagte die Jury für die 35 eingereichten Projekte für Kunst am Bau im und vor dem neuen Polizeigebäude. Ein spannender Pro- zess, auch wenn er zeitlich sehr auf- wendig ist. In verschiedenen Präsen- tations- und Ausscheidungsrunden werden die anonymen Projekte ange- schaut und diskutiert. Es kommt vor, dass ein Projekt, das am Anfang noch gut gefällt, bei näherer Betrachtung und Diskussion nach hinten fällt, währenddem ein anderes, das zu Be- ginn ohne Chance schien, seine Qua- litäten stetig entfaltet. Ich hoffe, dass unsere Wahl auch den BenutzerInnen gefällt, obwohl Gefälligkeit k e i n Kriterium unserer Auswahl war. ■

Rund um 1998

Am Anfang stand eine Motion von Jo Lang, die anregte, dass auch der Kanton Zug aktiv wird im Jubiläumsjahr 1998. Jo's Idee, wichtige und charakteristische Personen aus der Zeit von 1798 bis 1848 vorzustellen, steht kurz vor dem Abschluss: Ende Mai werden in einem Schu- ber zusammengefasst zwei Bände über den Kanton Zug zwischen 1798 und 1850 erscheinen, der eine mit Personen- Porträts, der andere mit Porträts der Zuger Gemeinden und des Kantons auf der Grundlage der ersten eidgenössischen Volkszählung von 1850.

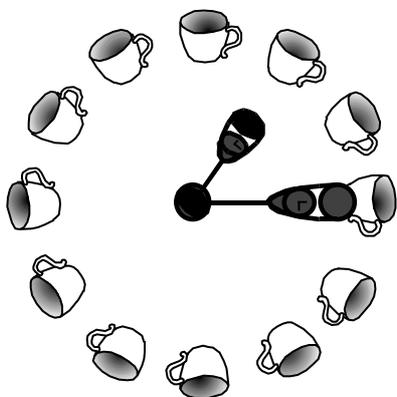
Am 30. Mai 1998 wird in der Stadt Zug das grosse Landsgemeindefest steigen zur Erinnerung an die Landsgemeinde von 1798, an der zum ersten Mal auch die Männer aus den ehemaligen Vogtei- en der Stadt Zug teilnehmen konnten. Jede Gemeinde wird einen eigenen Fest- platz in der völlig autofreien Zuger Innen- stadt haben.

Und von Ende Mai bis Ende Juni 1998 wird im Zurlaubenhof Thomas Hürlimanns «Franzos im Ybrig» von Laienschauspie- ler/innen aufgeführt. Ein deftig-hintersin- niges Vergnügen!

Wie lange (noch)?

Einst war die Zuger Altstadt Zentrum des Nachtlebens für den ganzen Kanton. Damit ist seit letztem August vorläufig Schluss. Auch wenn der «Schwarze Peter» noch längere Zeit am Stadtrat hängen bleiben dürfte, liegt die Ursache zu einem guten Teil im neuen Gastgewerbegesetz.

Daniel Brunner, Gemeinderat Zug



Die Revision des kantonalen Gastgewerbegesetzes machte Zug und seinen Justizdirektor seit 1994 in der ganzen Schweiz als liberal bekannt. Noch vor Inkrafttreten des Gesetzes per 1. Juli 1996 tolerierte die Stadt auf Weisung der Justiz- und Polizeidirektion alle möglichen Öffnungszeiten. Das ging ein Jahr lang bestens. Doch seit Herbst 1997 ist zumindest in der Zuger Altstadt fast alles anders.

Über achtzig Stapo-Patrouillen haben den Wirtsleuten, die unter der Woche nach 24 Uhr oder am Wochenende länger als bis 02 Uhr offen halten möchten, die Lust vergällt. NachtschwärmerInnen sind unzufrieden und wandern in die freierlichen Aussengemeinden ab. Ein Ausweg scheint fern, weil sich der Stadtrat weiterhin als Verteidiger der Nachtruhe sieht. (Wir freuen uns auf die baldige nächtliche Sperrung von Industrie-, Chamer- und Ägeristrasse!)

«Warum sollen Beizen für Verrückte offen sein, die um 02 Uhr 15

noch nicht nach Hause wollen?» fragte CVP-Leo Granzoli in der kürzlichen Gemeinderatsdebatte. Damit drückte er wohl aus, was nicht nur er denkt: Ein früher Beizenschluss soll dafür sorgen, dass die Leute am andern Morgen fit für die Arbeit sind.

Die Crux ist das Gesetz

Doch nicht alles liegt an den städtischen Mehrheitspolitikern. Das neue Gesetz sieht für die Genehmigung längerer Öffnungszeiten nämlich ein Verfahren «analog zum Baubewilligungsverfahren» vor. Gesuche werden im Amtsblatt ausgeschrieben, die Verwaltung wartet vier Wochen auf allfällige Einsprachen. Längere Öffnungszeiten sind erst möglich, wenn ein Urteil rechtskräftig ist. Das dauert beim Instanzenweg Stadtrat - Regierungsrat - Verwaltungsgericht - Bundesgericht Jahre. Die hängigen Beschwerden von Jugendbeiz, Why not und Widder-Bar sind noch nicht

einmal vom Regierungsrat behandelt...

Auch die Aufhebung der «Patente» auf Beizenliegenschaften ist in der Zuger Innenstadt wirkungslos. Zwar stehen verschiedene Ladenlokale leer. Aber wer wagt eine Investition, wenn anschliessend drei Jahre auf eine rechtskräftige Bewilligung gewartet werden muss?

Widersinnige Auswirkungen hat das neue «liberale» Gesetz im Fall des Nelson's Pub beim Hirschenplatz, das bis vor kurzem freitags und samstags bis 02 Uhr offen sein durfte. Wegen des kürzlichen Wechsels des Geschäftsführers musste im Amtsblatt ein neues Gesuch publiziert werden. Neun Einsprachen sorgen dafür, dass sich der Stadtrat Monate Zeit nehmen wird. Torschluss ist nun früher als unter dem alten Gesetz, nämlich schon um 0 Uhr 15. ■

Illustration Urs Bachmann

Stadträtliche Weisheit im O-Ton

«Der Zweck des Gastgewerbegesetzes ist einzig der Schutz der Jugend sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Entscheide, die sich nicht an diesem Grundsatz orientieren, hätten keinen Bestand. Stadträtliche Handlungsvarianten liegen ohnehin keine vor, weil die Bewilligungspraxis bisher nicht geändert wurde. (!?) Im übrigen sind die erwähnten Auswirkungen nicht alleine von der Bewilligungspraxis abhängig, sie werden auch von anderen

Wirtschaftsfaktoren wie z.B. das Konsumverhalten beeinflusst.

Konkret beklagen jene Wirtsleute, die länger offen halten möchten, ein Abwandern von Gästen, und zwar im Vergleich zu jener Zeit, als auf die Polizeistundenkontrolle verzichtet wurde.» Ende der stadträtlichen Durchsage zu den wirtschaftlichen Auswirkungen stadträtlicher Handlungsvarianten für das Gastgewerbe in der Zuger Altstadt!

Langsam aber sicher steigt das Wahlthermometer auch im Zugerland in den rosaroten Bereich. CVP und FDP dürfen das Resultat der Stadtzürcher Wahlen durchaus als schlechtes Omen betrachten. Besonders geplagt ist die CVP. Nach den grossen Sprüchen ihres kleinen Präsidenten und Barkeepers nach und vor den Majorabstimmungen machten sich alle gefasst auf eine 4er oder 5er-Liste für den Regierungsrat. Und jetzt werden es doch wieder nur drei sein - und erst noch alles Bisherige. Nicht mal Bisig durfte zurücktreten, wo doch seit zwei Jahren eigentlich klar war, dass 1998 Schluss ist.

Die FDP beschäftigt ein ganz anderes Problem: Wer soll die dritte Person auf der Liste sein, um den ebenso gross angekündigten Kampf für den dritten Regierungssessel erfolgreich zu führen? Stark sollte die Figur sein, um den dritten Sitz zu holen, aber bitte doch nicht zu stark, angesichts der schwachen Vorstellung.

Das wirft die Frage auf: Was eint CVP und FDP in dieser Vorwahlzeit? Richtig: die Angst vor einer Kandidatur des populären Politslalomfahrers Joggi Eder aus Unterägeri. Die CVP hat Angst um ihren dritten Sitz, weil auf ihrer Liste niemand vom Berg kandidiert, und die beiden FDP-RegierungsrätInnen haben Angst vor dem Stimmenpotential Eders.

Ein anderes Stimmenpotential wird demnächst verstummen: der Steinhäuser FDP-Kantonsrat Leo Ohnsorg tritt auf Ende Legislatur zurück. Dass Lautstärke und Inhaltsleere nicht nur im Militär oft Hand in Hand gehen, ändert aber nichts dar-

an, dass der Kantonsrat damit weiter verarmen wird.

Obwohl das gar nicht so einfach ist. Oder wie ist es sonst zu erklären, dass der selbsternannte SVP-Wirtschaftsfachmann Flachsmann völlig unwidersprochen behaupten konnte, dass in der Ära Reagan die Staatsschulden der USA massiv zurückgegangen seien und somit dessen Politik Vorbildcharakter haben müsste. Zur gleichen Zeit war in allen Zeitungen zu lesen, dass nach jahrelangen Bemühungen der Clinton-Regierung seit langem das erste defizitfreie Budget vorgelegt werden konnte. Reagan war der Präsident mit der schnellstwachsenden Verschuldung, die es in den USA je gegeben hat. Vielleicht orientiert sich Flachsmann aber einfach am Erfolgsrezept der Zürcher SVP: vier Jahre lang laut Blödsinn erzählen gleich 5% plus beim Wähleranteil.

Noch nicht ganz verarmt ist die Gemeinde Risch. Sonst hätte sie sich den nebenan abgebildeten Personenlift auf die Umfahrungs-Auto-brücke und damit ins fussgängerische Niemandsland hinauf kaum leisten können. Wir sehen allerdings auch zwei Vorteile in der Anordnung: tiefe Unterhaltskosten wegen Nichtgebrauch und Arbeitsbeschaffung in Form eines lukrativen Auftrages für das Ingenieurbüro des zuständigen Gemeindepräsidenten Wismer.

Konkurrenz belebt das Geschäft. Aufgeschreckt durch die Fusionspläne des Kantons verpasst die Zuger Stadtpolizei keine Gelegenheit, ihre Bürgernähe und Unentbehrlichkeit ins rechte Licht zu stellen. Dabei hat der Druck aus dem Departement Uster durchaus positive Folgen: Was die Kantonspolizei noch nicht ge-

schafft hat, schmückt ab sofort die Zuger Stadtpolizei: Namensschilder. Designed worden sind die Dinger von einem Ex-Goldschmied-Stadtpolizisten - was jetzt noch fehlt, ist die daneben hängende Lupe, damit der Name auch gelesen werden kann.

Viel zu lesen gabs an der Ideenbörse der SGA: eine ganze Wand wurde vollgepflastert mit Inhalten für den nahenden Wahlkampf. Dabei ist auch Originelles zu vermelden, z.B. die Idee, Promitalks durchzuführen mit prominenten Nicht-SGA-lern. Umgesetzt hat das flugs die städtische SGA, welche SP-Präsidentin Ursula Koch zu ihrer GV verpflichten konnte. Weitere Ideen dazu: ein Zweier-Promitalk mit Noch-Stadtpresident Othmar Romer und Gägewind Dani Brunner unter dem Motto: «Zurück- und Austreten als Lebensaufgabe».



veranstaltungen

April März

Do 26. **LesBiSchwul! Lesbische und schwule Community Zug.**
Restaurant Taube, Säali, ab 19.00h.

Mi 1. **amnesty international Gruppe Zug: Monatsversammlung.**
Stadt- und Kantonsbibliothek, 3. Stock, 20.00h.

Do 2. **SGA Kanton Zug: Jahresversammlung.**
Rest. Frohsinn, Zug, 18.00h Nachtessen, 20.00h Referate zur Initiative «für eine gerechte Arbeitsverteilung», sowie die Arbeitszeitinitiative des SGB. 21.15h statuarische Geschäfte.

Fr 24. **SGA Stadt Zug: Generalversammlung**
Restaurant Zugerberg, 18.00h Nachtessen, 20.00h GV.

Mi 29. **GBZ Zug: «Ein Generalstreik täte diesem Land gut», mit Roland Roost, Giorgio Pardini, usw.**
Hotel Löwen, Zug, 20.00h.

Mai

Fr 1. **1. Mai-Kundgebung und Fest.**
Landsgemeindeplatz, Zug, 16.00h Festbetrieb,
17.30h Kundgebung.

Mi 6. **amnesty international Gruppe Zug: Monatsversammlung.**
Stadt- und Kantonsbibliothek, 3. Stock, 20.00h.

Mi 6. **VCS, Sektion Zug: Generalversammlung**
Rest. Bären, Zug, 19.30h. Mit Infos zur Initiative
"Strassen für alle".

Do 28. **LesBiSchwul! Lesbische und schwule Community Zug.**
Restaurant Taube, Säali, ab 19.00h.

Juni

Mi 3. **amnesty international Gruppe Zug: Monatsversammlung.**
Stadt- und Kantonsbibliothek, 3. Stock, 20.00h.

Sa 6. **Das grosse SGA-Fest.**
14.00h-24.00h, unterhalb des Regierungsgebäudes.
17.00h Sponsorenlauf.

Do 25. **LesBiSchwul! Lesbische und schwule Community Zug.**
Restaurant Taube, Säali, ab 19.00h.

Juli

Mi 1. **amnesty international Gruppe Zug: Monatsversammlung.**
Stadt- und Kantonsbibliothek, 3. Stock, 20.00h.

AZB 6304 Zug
Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

Drei Ausblicke ins 21. Jahrhundert

Beitrag der Linken und Alternativen im Kanton Zug zum 150. Geburtstag des Bundesstaates.

Dienstag 21. April, Kantonsschule Zug: «Wieviel Ungerechtigkeit erträgt unsere Demokratie?»

19.00h: Führung durch die Wanderausstellung «150 Jahre Bundesstaat - 150 Jahre Industriekultur» durch Michael von Orsow und Bruno Birrer.
20.00h: Streitgespräch zwischen FDP-Ständerätin Vreny Spoerry und SP-Nationalrat Rudolf Strahm unter der Leitung von Josef Lang, Kantonsrat.

Donnerstag 18. Juni, Ort noch unbekannt: «Was kommt nach der Neutralität?»

18.00h: Besichtigung der Wanderausstellung «Geschichte für die Zukunft» (Braunviehzuchtareal Zug).
20.00h: Streitgespräch zwischen Arthur Liener (Alt-Generalstabschef) und Roland Brunner (GSoA-Vorstand) unter der Leitung von Monika Hutter-Häfliger.

August/September

«Wir brauchen Innovationen für das 21. Jahrhundert!» *Genauere Angaben folgen...*